

# ROTE SEITEN

## Zusammen für den Sozialismus/Kommunismus kämpfen!

Die Kommunistische Jugend (KJ) blickt zufrieden auf den letzten Roten Oktober zurück. Qualitativ und quantitativ war es vermutlich die beste Leistung, seit es dieses Politwochenende für Jugendliche gibt. Die dritte Ausgabe der Roten Seiten beschäftigt sich deshalb nochmals mit den Inhalten des Roten Oktobers. Mit diesem sechsten Treffen hat die Kommunistische Jugend bewiesen, dass sie etwas langfristig und kontinuierlich organisieren kann. Die vorliegende dritte Ausgabe der Roten Seiten spricht auch für diese These. Vielleicht liegt es auch daran, dass das, was wir mit der Farbe „rot“ betiteln, erfolversprechend ist. Wer weiss...

Wir nähern uns dem Jahresende an und es ist ja gang und gäbe, dass man auf das vorbeigegangene Jahr zurückblickt. Doch wo anfangen? Stichwortartig sähe 2011 so aus: Nuklearkatastrophe von Fukushima, Umbrüche in der „arabische Welt“, Libyen-Krieg, Krise, Kämpfe der Arbeiterklasse in Griechenland, Occupy, Sozialabbau ... Alles Prämissen einer im 2012 untergehenden Welt, wie einige Esoteriker zu wissen glauben? Folgen einer Herrschaft aus dem Weltall gekommener reptiloider Wesen? Oder riesiger Komplott von Freimaurern und Illuminaten? Erklärungsmuster gibt es viele – vor allem innerhalb der Occupy-Bewegung. Wir denken jedoch, dass diese Ereignisse Merkmale der Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems sind.

Deshalb ist es notwendiger denn je, dass die KJ über die Ursachen von imperialistischen Kriegen, Umweltkatastrophen und Wirtschaftskrise(n) informiert. Doch dies reicht nicht aus. Um die heutige Situation zu ändern, müssen die Kräfte zusammen kommen, die durch ihre Lebenssituation direkt mit dem Kapitalismus konfrontiert werden. ArbeiterInnen, Auszubildende, LandwirtInnen, Arbeitslose, Armutsbetroffene, StudentInnen und alle anderen ausgebeuteten Schichten. Zusammen kämpfen, für den Sozialismus/Kommunismus!

Dies läuft darauf hinaus, dass bei der KJ Bern, wie schon an der Vollversammlung vom Juli 2011 beschlossen wurde, die Bildung weiterhin eine zentrale Rolle spielt. Jedoch werden voraussichtlich weitere Schritte nötig sein, wie die Verankerung der KJ in der arbeitenden Jugend durch Präsenz in den Berufsschulen, Verankerung unter der proletarisierenden Intelligenz, sprich den Studierenden, durch die Präsenz in den Universitäten und Hochschulen. Zudem bleibt die anti-imperialistische bzw. Friedensarbeit weiterhin ein Bestandteil unserer Arbeit. Die gewonnenen Erfahrungen aus den letzten Jahren sollten uns helfen weiter an Kontinuität zu gewinnen und neue Bündnisse entstehen zu lassen mit dem Ziel die ausbeuterischen Verhältnisse über Bord zu werfen und eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Die KJ wünscht den Lesenden dieser neuen Ausgabe viel Spass.

### Inhaltsverzeichnis

Rück- und Ausblick	S. 1
Die Revolution in der Holzhütte	S. 2
Der Imperialismus der EU	S. 3
Krawalle in Britannien	S. 4
Uniterre auf dem Vormarsch	S. 5
Termine	S. 6

### Rückblick 2011: KJ in Aktion

Neben dem Roten Oktober war die KJ in folgenden Bereichen aktiv:

**Kampf gegen Sozialabbau:** Die KJ hat das Referendum gegen die geplante Revision des Sozialhilfegesetzes im Kanton Bern mitgetragen. Vor allem den Zwang, eine Generalvollmacht zu unterschreiben, also einen „Schnüffelfreipass“ für das Sozialamt, die Nachbarn, die Ärzte usw. war befremdend. Leider konnte das Bündnis nicht genug Unterschriften in kurzer Zeit sammeln (6000 gesammelt, 5000 fehlten noch). Die KJ hat mit 450 Unterschriften am zweitmeisten gesammelt. Die Revision wird zurzeit juristisch angefochten, das Resultat steht noch offen.

**Kampf für die Umwelt:** Die Atom-Energie stand dieses Jahr zur Debatte. Angefangen mit der Abstimmung im Kanton Bern über eine nicht-bindende positive Stellungnahme des Kantons über den Ersatz vom AKW Mühleberg (leider knapp angenommen). Dann über die Katastrophe von Fukushima und die darauffolgende Bewegung. Und dann nicht zuletzt auch über die teilweise Zerschlagung dieser Bewegung bei der polizeilichen Räumung des AKW-Ade Camps in Bern. Die KJ hat aktiv an den Aktionen und Demos der Anti-AKW Bewegung teilgenommen. Wir begrüßen hier noch einmal die exemplarische Bewegung des „Jugend streikt“ gegen AKWs.

### Kampf für Freiraum:

Die KJ hat bei der Organisation des „Tanz dich Frei“ TDF mitgeholfen. Mit der Losung „Wir wollen zurück, was uns gehört“ ging die KJ auf die Strasse um für mehr Freiraum für die Jugend zu kämpfen!

## Die Revolution in der Holzhütte

*Der folgende Text war im "Vorwärts" erschienen. Die KJ Bern bedankt sich beim Autor für die Genehmigung diesen Artikel zu publizieren. Dies ist die gekürzte Version. Wer den ganzen Text lesen will, kann dies auf [www.kommunistischejugend.ch](http://www.kommunistischejugend.ch)*

**Über drei Tage, vom 28. bis zum 30. Oktober, fand der Rote Oktober in Kandersteg statt. Die Kommunistische Jugend der Schweiz lud dazu ein, junge GenossInnen zu treffen, sich zu besprechen und gemeinsam weiterzubilden. Abriss eines bedeutsamen Wochenendes.**

Kandersteg ist ein kleiner Ort des Berner Oberlands. Hier leben nur wenige Menschen, 1 200 sind es an der Zahl, und unüblich ist es nicht, vereinsamte Holzhäuser umgeben von riesigen Felswänden zu sehen. Kandersteg ist abgeschieden, und doch war Kandersteg am Wochenende des 28. bis 30. Oktobers ein Ort grösserer Bedeutung. Die Kommunistische Jugend der Schweiz rief den mittlerweile fünften Roten Oktober aus – über 30 junge Genossen und Genossinnen erschienen. Und was da besprochen wurde, über den EU-Imperialismus, über die Situation in Griechenland und die Riots von England, hatte nun wirklich nichts gemein, mit der piefigen Idylle eines Touristendorfs. Von geradezu ironisch-spiessigen braun-geblühten Gardinen umgeben, konnte man an diesem Oktoberwochenende drei Dinge besonders gut. Lernen, diskutieren und trinken. Das letztere bleibt unter Verschluss, dem Rest widmen wir die nötige Aufmerksamkeit. Nötig, weil da nicht nur wichtige Dinge zur Sprache kamen, sondern man auch einen entschiedenen Standpunkt vertrat und vertreten wissen wollte, den des Marxismus-Leninismus. Deutlich etwa beim Vortrag über den EU-Imperialismus (siehe Text weiter unten).

### Griechenland

Auch das Referat zur Lage in Griechenland war hervorragend. Ein Genosse des griechisch-kommunistischen Jugendverbands KNE stellte die Lage in Griechenland deutlich dar, stellte auch dar, dass es für die KKE nur den «Klassenkampf zum Sturz des Kapitalismus» gäbe, einen Kampf, den sie besonders effektiv führen können, weil sie «eine starke Waffe» haben, nämlich «den Marxismus-Leninismus». Soweit ist das bekannt und trifft sich auch mit der Ausrichtung der KJ. Aber dabei blieb es nicht. Natürlich war der Tod des Gewerkschaftsfunktionärs Dimitris Kotzaridis (53), der bei Zusammenstössen einer Demonstration der PAME mit AnarchistInnen starb, ein Thema. Und hier wurden deutliche Worte gesprochen: Kotzaridis ist das Opfer «anarcho-faschistoider» Angriffe, die «von der Bourgeoisie instrumentalisiert» werden. Das zeigt

sich auch daran, dass die Anarchisten «mit Waffen angriffen, die sonst nur die Polizei benutzt», und dass damit das Ziel verfolgt wurde, «die Massenkundgebung der PAME aufzulösen und die Armee der Arbeiter aufzuheben». (...) Aber nicht nur Abgrenzungen und Kritik, sondern auch Anregungen zu Organisation und Vorgehen wurden geliefert. So ist es etwa die «wichtigste Voraussetzung für die politische Einheit der Arbeiterklasse», dass die «Einheit der Partei» besteht, das heisst, dass sie ihre Rolle als «Avantgarde der Arbeiterklasse» wahrnimmt. Der Erfolg der KKE und der PAME beruhen vor allem darauf, dass sie als Einheit vorgehen, dass sie «in der Legalität oder der Illegalität keine andere Organisationsform wählen als die des demokratischen Zentralismus». Gerade weil «revolutionäres Bewusstsein nicht aus der Arbeiterklasse selbst kommt», ist es die vordringlichste Aufgabe der KommunistInnen, «starke Institutionen aufzubauen». Und in diesem entscheidenden Punkt wurde ein wahres Wort gesprochen, das gerade heute, gerade auch in der PdA bedacht werden sollte: «Auch die KKE war nicht widerspruchsfrei. Auch sie musste gegen den Opportunismus ankämpfen. (...) Aber aus diesem Kampf ist sie stärker hervorgegangen. Jetzt haben wir eine Partei nur aus Kommunisten, die eng bei der Arbeiterklasse steht.» Es wurde noch über vieles mehr gesprochen, zu viel, um es hier ausführlich aufzuarbeiten: Internationalismus, die (noch) nicht revolutionäre Situation Griechenlands, die Organisation der KNE. Über zwei Stunden hörte man zu, fragte, bekam antworten, fragte erneut, vertiefte man das Verständnis. Hier muss ein Abriss Genüge tun. (...)

### Das Bild des Roten Oktober

Man kann den Roten Oktobers emotional betrachten. Dann war er das gelungene Zusammentreffen von drei Dutzend GenossInnen, dann war er Feier und Fröhlichkeit in, wortwörtlich, beschaulichen Rahmen, dann war er der sehr fruchtbare Austausch einer Jugend, die sich für ihre Interessen engagiert. Dann könnte man sagen: «Ja, es war wunderbar! Ich gehe natürlich nächstes Jahr wieder hin.» Und all das würde stimmen. Und wäre zuwenig. Man wird den Roten Oktober in seiner politischen Bedeutung sehen müssen. Am Samstagabend, beim Ende des politischen Programms, wurde gesagt, was für den Roten Oktober vom ersten Tag an von entscheidender Bedeutung war: «Seit drei Jahren hat der Rote Oktober einen nationalen Massstab angenommen.» Praktisch konnte man das daran erkennen, dass GenossInnen aus Genf, Neuchâtel, Bern, Zürich, aus dem Tessin und weiteren – wer fragt schon immer nach dem Ort? – Kantonen kamen. Insofern dürfte der Rote Oktober schon durch seine blosse Existenz einem Zweck gedient haben: Der Konsolidierung der Kom-

munistischen Jugend, die sich auf dem Weg befindet, eine ganzheitliche Organisation in der Schweiz zu werden. Das wäre durchaus zu begrüßen und, soweit möglich, zu unterstützen, denn der KJ darf man das Potential zutrauen, auch die PdA wieder stärker in eine dezidiert marxistische-revolutionäre Richtung zu drängen. Dann stünde wieder Klassenkampf, statt «Besinnung auf die ganze Gesellschaft» auf dem Programm; dann würde man in revolutionärer Perspektive handeln, statt «die Gesellschaft schrittweise [zu] verändern»; dann gäbe es marxistische Analyse, statt idealistischem Wunschbild. Die KJ ist eine Kraft, die das will. Der Rote Oktober hat die ersten Ansätze dazu gezeigt.

## Der Imperialismus der EU

*Der folgende Text war ebenfalls im "Vorwärts" erschienen. Die KJ Bern bedankt sich beim Autor für die Genehmigung diesen Artikel zu publizieren.*

**Die EU und immer wieder die EU. Die EU verhalf der SVP zu ungemeiner Popularität, die EU beschäftigt die Linken immer wieder, die EU, der wollte auch die PdA vor 20 Jahren beitreten. Aber nicht mehr heute. Eindrucksvoll untermauert Tibor Zenker, freier Journalist und Mitglied der «Kommunistischen Initiative Österreichs», diese Haltung.**

Die Linke und die EU: Über weite Strecken ist das die Geschichte des nicht-Sehens und nicht-sehen-Wollens. Noch immer bringt die Linke der EU gewisse Sympathien entgegen – teils weil man in ihr, idealistisch, die Idee eines Völkerbundes sieht, teils aus der eigenen Verstrickung in die Strukturen der EU. Um dem vorzubeugen und sich ein klareres Bild über Wesen und Zweck der EU zu machen, lud die Kommunistische Jugend (KJ) den Essayisten Tibor Zenker ein. In verschiedenen Sektionen und am Roten Oktober der KJ machte Zenker eines klar: Die EU, das ist das Bündnis der monopolistisch-imperialistischen Kräfte Europas.

### Geschichte der EU

Die EU beginnt vor ihrer Zeit, ihre Geschichte fängt bereits kurz vor dem Ende des 2. Weltkriegs an. Die historische Situation jener Zeit war für die progressiven Kräfte der Welt nicht schlecht: Der Osten Europas war von der Roten Armee befreit worden, Volksrepubliken gründeten sich, der Sozialismus befand sich nach dem imperialistischen Krieg Nazideutschlands auf dem Vormarsch. Entsprechend aufgeschreckt waren die verbleibenden imperialistischen Kräfte. Um die Lage in Europa zu «stabilisieren», das heisst: den monopolistischen Kapitalismus Westeuropas, setzte schon 1948 der Marshallplan ein. Wenig später, 1949, gründete sich dann die Nato und wiederum nur mit zwei Jahren Verzögerung, 1951, begann man an der Wieder-

bewaffnung der BRD zu arbeiten – dem Nachfolgestaat Hitlerdeutschlands. Gleichzeitig wurden verschiedene Wirtschaftsbündnisse, im Bereich Kohle und Stahl (1951), Atom (1957) und Wirtschaftsgemeinschaft (1957) eingegangen. Dies markiert die erste Phase der Entwicklung unserer heutigen EU – es ist die Phase der «defensiven» Bündelung insbesondere ökonomischer Potenzen, um dem Sozialismus entgegentreten zu können.

1967 ist dieser Prozess weitgehend abgeschlossen. In der neuen Europäischen Gemeinschaft (1967 aus den Wirtschaftsbündnissen entstanden) geht man nun in die «Offensive». Eine verstärkte politische Zusammenarbeit ist in dieser zweiten Phase zu verzeichnen. Diese zweite Phase, wir wissen es alle, endete mit dem Sturz der UdSSR.

Doch endet hier nicht die Geschichte der EU. Tatsächlich beginnt die EU 1992 recht zeitgleich mit dem Fall der UdSSR. Diese dritte Phase, die Phase der EU wie wir sie kennen, lässt sich als Versuch beschreiben, einen möglichst einheitlichen imperialistischen Block in Europa herzustellen. Historisch aus der Abwehr und dem Kampf gegen den Sozialismus hervorgegangen, ist EU heute bestrebt, Einflussbereich und Macht der imperialistischen Länder Europas auch gegenüber der aussereuropäischen Konkurrenz zu konsolidieren.

### Vier Aufgaben, drei Folgerungen

Der EU stellen sich nunmehr vier Aufgaben. Erstens die Koordination der imperialistisch-monopolistischen Länder und ihrer Konkurrenz untereinander innerhalb der EU. Zweitens die Koordination des Imperialismus-Monopolismus zur besseren Ausbeutung anderer, vor allem «Drittwelt»länder. Drittens die Abgrenzung von der nichteuropäischen Konkurrenz durch imperialistisch-monopolistische Länder wie die USA oder, in geringerer Masse, Japan. Schliesslich der Kampf gegen jedwede Emanzipationsbewegung, die dem Imperialismus/Monopolismus entgegensteht.

Aus diesen Aufgaben der EU ergeben sich wiederum drei direkte Aktionsbereiche, die sich jeweils in der momentanen Situation gut beobachten lassen. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, muss die EU einerseits die wirtschaftliche Stabilität des Monopolismus/Imperialismus gewährleisten – eine Aufgabe, die jetzt, mit allerlei Euphemismen umschrieben, höchste Aktualität hat. Weiterhin erweist es sich für die EU als Notwendigkeit, getreu ihrer monopolistischen Struktur, auch die politischen Entscheidungen zu zentralisieren und letztlich zu monopolisieren. In der Europäischen Zentralbank einerseits und in der von Frankreich und Deutschland, als treibende Kräfte der EU, vorgeschlagenen «Wirtschaftsregierung» findet diese Tendenz ihren Ausdruck. Zuletzt, und dies darf wohl als Grundlage eines jeden Imperialismus betrachtet werden, muss die EU

eine militärische Potenz schaffen, um einerseits jegliche bedrohende Opposition zu unterdrücken und um sich andererseits auch vom US-Imperialismus emanzipieren zu können. Hier sei an den Plan einer europäischen Armee und die zwangsweise Aufrüstung der Mitgliedsstaaten erinnert.

### **Klassencharakter der EU**

Wer die objektive Entwicklung der EU verfolgt, ihre Tendenzen, ihre Aufrüstungs- und Zentralisationsbestrebungen, der wird nicht umhin kommen, das Urteil der Marxisten-Leninisten über sie zu fällen: Die EU ist ein monopolistisch-imperialistischer . Aus dieser Tatsache ergibt sich denn auch ihr spezifischer Klassencharakter. Es ist eben nicht verwunderlich, dass man Griechenland nun vor ein Verelendungsprogramm stellt. Im Zentrum der Politik der EU steht nicht das Wohl der Arbeiterklasse, sondern umgekehrt die Erhaltung der monopolistischen Verhältnisse innerhalb der Union. Dementsprechend illusionär und idealistisch ist es auch, an die «Wandelbarkeit der EU» zu glauben und etwa, wie «Die Linke» Deutschlands, zu versuchen, die EU zu «transformieren». Jedem Transformationsprozess steht der Charakter der EU entgegen. Einer Demokratisierung von unten steht die Zentralisierung von oben entgegen – würde, was bereits utopisch ist, die Möglichkeit einer Veränderung der EU von unten bestehen, so liesse sie sich im Zweifel einfach von oben auflösen.

Daraus ergibt sich für die Arbeiterbewegung als Folge, dass ein Kampf nicht um und mit, sondern gegen die EU geführt werden muss.

### **Kampf gegen die EU**

Der Kampf gegen die EU ist der Kampf gegen den Monopolismus wie den Imperialismus. Wie dies in der Geschichte immer war, ist dieser Kampf dem Inhalt nach international, der Form nach aber national. Konkret, nun in Bezug auf die Schweiz, bedeutet dass, dass ein EU-Beitritt unbedingt abzulehnen ist. Ein Beitritt zur EU würde einzig den monopolistisch-imperialistischen Block weiter stärken. Allerdings genügt es nicht, den Beitritt zu verweigern. Vielmehr muss man den Monopolismus im eigenen Land bekämpfen und international antiimperialistische Positionen stärken. Dem «Nein» zur EU muss gleichzeitig ein Bekenntnis zu einem antiimperialistischen Staatenbund beigelegt werden – wie er etwa von Venezuela bereits gegründet wurde. Gleichzeitig muss das Monopolkapital im eigenen Land angegriffen werden. Es ist ja kein Zufall, dass die Schweiz, obgleich nicht in der EU, mit ihr eng verwoben ist: Ihrer Struktur nach selbst monopolistisch liegt ihr an einem Kampf gegen den Monopolismus/Imperialismus nichts; der momentane nicht-Beitritt zur EU dürfte vielmehr den Interessen der

nationalen Monopolbourgeoisie dienen. Den Monopolismus im eigenen Land treffen, den Imperialismus international verurteilen, wo möglich: verhindern – das dürfte der entschiedenste Kampf gegen die EU und für eine wirklich solidarische Welt sein.

### **Krawalle in Britannien**

Anlässlich des „Roten Oktober“ 2011 in Kandersteg sprach Peter Stäuber, Englandkorrespondent der WOZ, über die Unruhen in England. Hier eine kurze Zusammenfassung des Referats.

Im ersten Teil des Referats thematisierte Stäuber die mediale Darstellung der Unruhen in Britannien insbesondere in London. Auffällig bei dieser ist die einseitige und sehr negative Darstellung der Jugendlichen. Zum Beispiel sprach der rechte Kommentator Richard Littlejohn in der Zeitung „Daily Mail“ von einem „Wolfsrudel von wilden Strassenkindern und Streunern, die nichts tun als Cannabis rauchen, Bier trinken und auf ihren gestohlenen PlayStations Grand Theft Auto spielen.“ Und er schrieb davon, dass es diese Jugendliche eigentlich im Wohlstand leben und „die Idee, dass das hinter all dem Armut steckt, ist Unsinn. [...] Sogar die Arbeitslosen sind gut genährt, tragen Designerkleider und besitzen die neuste Digitaltechnologie.“ Darauf folgte dann noch ein Aufruf zu mehr Repression, mehr Gefängnissen und Sozialabbau. Gemäss Stäuber berichteten fast alle grossen Medien in dieser Art, die BBC inklusive, und folgerten als Ursache für die Krawalle einen moralischen Wertezwergfall und fehlende Disziplin und als Lösung ein restriktiveres Wohlfahrtsmodell und härtere Strafen, nur der linksliberale „Guardian“ hatte eine einigermaßen gute und ausgewogene Berichterstattung.

Peter Stäuber stellte fest, dass kaum JournalistInnen bei den Krawallen vor Ort waren und kaum jemand mit den Jugendlichen und den AnwohnerInnen sprach. Denn diese hatten durchaus andere Erklärungen für die Unruhen. So sagte zum Beispiel ein ca. 20-jähriger Arbeitsloser: „Wir gegen sie, die Polizei, das System.“ Und weiter: „In diesem Bezirk gibt es zwei Welten. Immer mehr Leute aus der Mittelklasse kommen hierher und verdrängen uns. Die Läden setzen ihre Preise, als ob wir hier im West End seien, und wir können uns die Mieten nicht leisten. Wir sind die Ausgestossenen, uns will man nicht mehr.“ Sogar der Nachrichtendienst Reuters berichtete: „Um zu leben, um Geld in ihren Taschen zu haben, müssen sie stehlen.“ Und ein Jugendarbeiter sagte: „Die Jugendlichen sind frustriert, sie wollen alle schönen Kleider. Sie haben kein Geld und keinen Job.“

Auffällig bei den Krawallen war, gemäss Stäuber auch die Geographie der Unruhen. Denn sie fanden vor allem in den Quartieren statt, wo diese Jugendlichen auch lebten bzw. wo die Armut am grössten ist. Zum

Beispiel in Haringey, wo hohe Arbeitslosigkeit (10%) und vor allem hohe Jugendarbeitslosigkeit (33.5%) herrscht. Es ist die ungleichste Gemeinde Grossbritanniens, und es wurden in den letzten Jahren unzählige Jugendzentren (8 von 13) geschlossen.

Zudem wurden in den Medien immer wieder die ethnischen Minderheiten als Problem der bzw. als Ursache für die Unruhen dargestellt. Vergessen wurde jedoch dabei die massiven Benachteiligungen der ethnischen Minderheiten. So sind ethnische Minderheiten überproportional von Armut betroffen und werden von der Polizei massiv schikaniert. Zum Beispiel werden Schwarze in England und Wales 26mal häufiger als Weisse durch die Polizei kontrolliert. 333 Menschen sind in Gewahrsam gestorben, kein einziger Polizist wurde dafür verurteilt.

Zum Schluss ging Peter Stäuber noch auf die generell extremen Ungleichheiten in Britannien ein. Er stellte fest, dass die sozialpolitischen Reformen der letzten 30 Jahren dazu geführt haben, dass Britannien heute ein Land der grossen sozialen Ungleichheiten ist. In kaum einem OECD-Land gibt es eine grössere Ungleichverteilung von Einkommen. Die Einkommensungleichheit in Britannien ist heute vergleichbar mit der Situation während dem zweiten Weltkrieg bzw. inzwischen grösser als zur Zeit der sklavenhaltenden Elite. Ebenfalls sehr ungleich erfolgten in den letzten Jahren die Verteilung von Strafen für Delikte. So geht der 23-jährige Nicolas Robinson für 6 Monate ins Gefängnis, weil er Wasser im Wert von 3.50 Pfund plünderte, auf der anderen Seite mussten die Banken mit 850 Milliarden Pfund gerettet werden und kein einziger Banker musste ins Gefängnis.

## Uniterre auf dem Vormarsch

Schon am Vorabend des letzten Vortrages des heurigen Roten Oktobers bekam unsere familiäre Runde Familienzuwachs durch den Referenten. Rudi Berli, Sekretär der bäuerlichen Gewerkschaft Uniterre, reiste am Samstag Abend mit Frau und Bébé an. Die Stimmung beim traditionellen Fondue war nicht zuletzt auch durch dieses generationsverbindende Element ausgezeichnet und äusserst gemütlich. Eigentlich als politischer Brunch vorgesehen am Sonntag Morgen, bekamen viele wegen der vergessenen und nicht eingeplanten zeitumstellungsbedingten gewonnenen Stunde schon vorher Hunger und der Vortrag fand, wie alle andern vorher auch, ohne gleichzeitige Nahrungszufuhr statt.

Dabei hätte es doch gerade zu diesem hervorragend gepasst, ging es ja schliesslich ums Essen schlussendlich, nämlich um Landwirtschaft, Ernährungssouveränität etc. Dazu konnten die Organisatoren wie gesagt Rudi Berli gewinnen, langjähriger Aktivist und Gemüsebauer in Genf. Zuerst stellte er uns Uniterre vor, die einzi-

ge schweizerische Gewerkschaft in der Landwirtschaft, die bisher nur in der Romandie (GE, VD, VS, FR, NE, JU, BE/JU) existierte, jedoch seit kurzem auch in der Deutschschweiz Fuss fasst (Nordwestschweiz [BS/BL/SO] und ZH). Die Gewerkschaft Uniterre gibt es schon seit 60 Jahren, ihren Ursprung hat sie aber schon in den 20ern beim Aprikosenaufstand in Saxon (VS). Sie ist Mitglied beim internationalen Dachverband Via Campesina, dem neben Kleinbäuerinnen und Landarbeitern auch Landlosenvereinigungen und Indigenenorganisationen angehören, und hat 3 Sekretäre, die sich 220% teilen. Ungefähr 2000 Bauernfamilien sind Mitglied.

### Die Situation

In der Schweiz gibt es insgesamt noch rund 60'000 Bauernfamilien, wovon pro Tag 4 Höfe verschwinden. In der EU geht einer alle 3 Minuten drauf. Spätestens nach dem Generalstreik 1918 wurden die Bauern in der Schweiz von den Bürgerlichen, resp. vom bürgerlichen Staat, gekauft. Seit den 80er-Jahren findet jedoch eine Liberalisierung statt. Uniterre tritt dagegen ein für Vertragslandwirtschaft. Die ProduzentInnen (Uniterre) müssen sich organisieren, die KonsumentInnen auch (z.B. in der Stadt Bern: soliTerre). Es handelt sich dabei um eine Planwirtschaft von unten, anstatt eine von oben oder statt dem „freien“ Markt. So wird Preissicherheit geschaffen, geteiltes Risiko zwischen Produktion und Konsum heisst die Losung.

Hierzulande gibt es 28'000 Milchbauern, aber nur noch 4 Milchverarbeiter (Emmi, Elsa [Migros], Cremo und Hochdorf) und 2 Grossverteiler (Migros und Coop). Dies führt zu einem kranken System, in dem die Preise gedrückt werden. Der Preiszerfall führt zu einer Überproduktion, diese wiederum verschärft den Preiszerfall usw. u.s.f. Durch Vertragslandwirtschaft würden diese Oligopolisten ausgeschaltet, was sowohl für Produzenten- wie auch Konsumentenseite besser ist.

Die Liberalisierung im Milchmarkt greift seit dem Jahre 2008. Der Milchpreis ist von 75 Rappen pro Kilo auf 50 gefallen. Der Milchstreik brachte zwar eine Erhöhung von 4 Rp., welcher von den Schweizerischen Milchproduzenten (SMP) angenommen wurde, diese war aber nur von kurzer Dauer. Der Preis erodierte darauf weiterhin.

### Was tun?

Im 2009 hat die SVP für einen Nachmittag einen medienwirksamen „Bauernaufstand“ inszeniert. Uniterre hingegen hat ein Jahr später ein paar Wochen durchgehalten. Die Gewerkschaft ist parteiunabhängig und lässt sich auch von keiner Partei vereinnahmen. In Genf gibt es dank ihr Fair-Trade-Milch. Sonst nur für Produkte aus dem armen Süden üblich, wird den Bauern damit mehr bezahlt als unter Marktbedingungen,

nämlich 1.– Fr.

Es wurde angekündigt, dass am 8. November eine Demo in Bulle (FR) gegen ein Verfahren wegen „Geiselnahme“ (juristisch séquestration, also Freiheitsberaubung) stattfinden werde. Die AktivistInnen der Gewerkschaft hatten den Milchverband eingeschlossen. Dieser wollte die GV-Beschlüsse (keine Mehrmengenbewilligung) nicht umsetzen.

Eine eidgenössische Volksinitiative zur Ernährungssouveränität soll lanciert werden. Der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz liegt nur bei 48%. Damit haben wir einen der tiefsten. Und wahrscheinlich ist er noch zu hoch angesetzt, wegen dem Erdölanteil zum Beispiel im Dünger. Die SVP und der bürgerliche Schweizerische Bauernverband (SBV) reden auch von Ernährungssouveränität, wollen den Begriff für sich vereinnahmen. Auch die Exportsubventionen müssten aber gekappt werden, würde man den Begriff ernst nehmen, was diese aber verweigern.

Nicht nur der SBV, auch die Vereinigung zum Schutz kleiner und mittlerer Bauern (VKMB) bietet nicht wirklich Alternativen wie Uniterre. Ausserdem ist er sich am spalten. Regina Fuhrer-Wyss (SP-Nationalratskandidatin im Kanton Bern, nicht gewählt) war früher beim Label Bio Suisse, welches zu 90% von Coop finanziert und damit dominiert wird und für dessen Knospe Lizenzgebühren bezahlt werden müssen. Sie verfolgt einen Öffnungskurs gegenüber der EU, ist für Liberalisierung und Exportorientierung und glaubt so, den biologischen Landbau vorantreiben zu können, was aber illusorisch ist.

Auch durch das finale, aufschlussreiche, kurzweilige und kämpferische Referat des sympathischen Rudi Berli hat es die KJ geschafft, am Roten Oktober verschiedene wichtige Kämpfe zu thematisieren und zu diskutieren: den der Jugend, den gegen die EU, des griechischen Volkes, und eben den der Bauern und Bäuerinnen. Damit ging ein weiteres erfolgreiches Bildungswochenende zu Ende.

Gewerkschaft: [www.uniterre.ch](http://www.uniterre.ch)

Vertragslandwirtschaft: [www.soliterre.ch](http://www.soliterre.ch)

Interview mit Rudi Berli zur erwähnten, mittlerweile vergangenen Demo:

[www.youtube.com/watch?v=DLrx-h5qVV8](http://www.youtube.com/watch?v=DLrx-h5qVV8)

## Termine

### 3. Soirée AKW-Ade

Mi, 4. Januar 2011, im Breitsch-Träff, Bern, 19:00 Uhr  
Damit haben die Berner Anti-Atom-Bewegung, AKW-Ade-Veteraninnen, Mühleberg-Gegner\_innen, Anti-A-

tom-Aktivistinnen und Erneuerbare-Energien-Fans wieder einen neuen Treffpunkt – wenn auch nur einmal im Monat – wo sich Interessierte austauschen, Aktive ihre Projekte vorstellen und Theoretische ihre Hintergrund-Infos vermitteln können. Der Soirée AKW-Ade wird in Zukunft jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden.

### KJ-Vollversammlung

Sonntag, 8. Januar 2012, 14:00 Uhr, Brass, Bern

### Vorwärts-Solliessen Neue PdA Basel

Samstag, 14. Januar 2012, Wallstr. 10, Basel

### Kubas Biolandbau-Revolution

Diavortrag mit Ing. agr. Lukas Kilcher

Freitag, 20. Januar 2012, 19:30 Uhr

Ort: Unternehmen Mitte, Gerbergasse 30, 4001 Basel

Der von der Vereinigung Schweiz-Kuba organisierte Anlass illustriert den Weg von der Monokultur zur umwelt- und sozialverträglichen Biolandbau in Kuba.

Mehr dazu auf: [www.cuba-si.ch](http://www.cuba-si.ch).

### 4. Soirée AKW-Ade

Mi, 1. Februar 2011, im Breitsch-Träff, Bern, 19:00 Uhr (Details s.o.)

Kommunistische Jugend Bern

Postfach 6966

3001 Bern

[info@kommunistischejugend.ch](mailto:info@kommunistischejugend.ch)

